

Niederschrift

über die 7. Sitzung des **Jugendhilfeausschusses** am Dienstag, **13.02.2007, 16.00 Uhr**, im Mehrzweckraum des **Bürgerhauses**.

Anwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Dr. J. Weber, Vorsitzender
H. Enneper
T. Lorenz
U. Nickel
H. Nahrgang (als Vertreter für U. Hebrock)
T. Klee (als Vertreter für N. Kötter)
E. Fechtner
A. Kohtz
C. Schoppe
G. Kalkum
R. Schaumburg

beratende Mitglieder

Herr Tissarek
G. Brocksieper

es fehlten

S. Schulte
G. Haberstroh (entsch.)
J. Lehmann
Dr. E. Krause (entsch.)
M. Kasterke (entsch.)
S. Stöhr
M. Schmidt
M. Tabbert – Kaminski

von der Verwaltung

Dr. J. Korsten
U. Butz
R. Meskendahl
G. Fenske
P. Klee
B. Hallek
S. Eichner
V. Grossmann (Schriftführer)

**Tagesordnung:
(Öffentlicher Teil)**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift der 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.08.2006
2. Anhörung gem. § 71 Abs. 3 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) zur Berufung eines Leiters des Fachbereiches Jugend und Bildung
3. Anpassung Kindergärtenbeiträge
4. Beratung NKF-Haushalt 2007
5. Beschluss über den Jugendförderplan
6. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Radevormwald keinen ausgeglichenen Haushalt haben, wird die Aufsichtsbehörde erzwingen, dass die Kindergartenbeiträge erhöht werden.
Der Bürgermeister ist aufgrund der demographischen Situation bereit die fehlende Beträge aus dem Haushalt zu finanzieren.

Herr Enneper erläutert, dass die CDU auch gegen eine Erhöhung der Beiträge ist und verweist auf ein Schreiben des Regierungspräsidenten. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob sich Radevormwald auch in 2008 einen ausgeglichenen Haushalt hat.

Herr T. Klee schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an, es kann nicht sein, dass in Radevormwald Baugebiete für Familien ausgewiesen werden und gleichzeitig die Kindergartenbeiträge erhöht werden.

Herr Kalkum regt an, dass sich die Gemeinden gemeinsam gegen die Kürzungen vorgehen sollten.

Dr. Korsten führt aus, dass neun von den dreizehn Gemeinden des Oberbergischen Kreises kein eigenes Jugendamt haben, und der Kreis dort bereits die Beitragserhöhung beschlossen hat. Von den vier Gemeinden mit eigenem Jugendamt haben Gummersbach und Wipperfürth die Beiträge doch erhöht und Wiehl denkt aufgrund der Tatsache, dass es dort nur einen anzeigepflichtigen Haushalt gibt, darüber nach, die Beiträge eher zu senken als zu erhöhen.

Daher wird es kein einheitliches Handeln geben.

Herr Enneper gibt noch zu bedenken, dass es in naher Zukunft ein neues Verfahren zur Berechnung der Beiträge gibt, und es daher auch nicht praktikabel wäre die Beiträge jetzt zu erhöhen, da bei der Einführung des neuen Berechnungssystems sowieso neu gerechnet werden muss.

Der Vorsitzende lässt nun über die Vorlage abstimmen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, entsprechend der Verwaltungsvorlage, die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen nicht zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Enthaltung (SPD)

4 Beratung NKF-Haushalt 2007

Der Vorsitzende schlägt vor, dass wie bei vorhergegangenen Beratungen nicht über jede einzelne Position abgestimmt wird, sondern nach Klärung von Vorschlägen, Fragen und Änderungen über den Haushalt insgesamt abzustimmen.

Herr Meskendahl erläutert die Unterschiede zwischen der alten Kameralistik und der Doppik. Er führt aus, dass es in den Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen Referate gehalten wurden, wie der neue Haushalt zu lesen ist, bei den freien Trägern sollen diese Referate noch gehalten werden.

Herr Fenske stellt nun die Änderungen vor:

Bei dem Produkt 1.06.05.03 wurde der Ansatz für das Technikprojekt aufgrund einer Spende um 500 Euro erhöht.

Bei der Schulsozialarbeit Produkt 1.06.05.03 wurde der Ansatz um 20.000 € erhöht, die Beträge werden bei den Schulen ausgewiesen, an denen Schulsozialarbeit geleistet wird

Bei der Jugendsozialarbeit wird ein neuer Ansatz auf 60.000 € gebildet, das ist der Höchstbetrag, der zur Deckung des Betriebskostenzuschusses der Indoorhalle zur Verfügung gestellt wird.

Herr Lorenz erkundigt sich, ob

1. der Betrag an andere Stelle eingespart wurde und inwieweit
2. mit dem Geld nicht andere Projekte finanziert werden können.

Auch Herr Schaumburg erkundigt sich, ob der Betrag zusätzlich bereit gestellt wird oder es Verschiebungen gibt.

Herr Meskendahl erklärt, dass bei der Indoorhalle ein jährliches Defizit von ca. 120.000 € entsteht, und die Stadtverwaltung die Hälfte davon an die Bäder GmbH überweisen muss. Er stellt klar, dass es sich hierbei um einen Höchstbetrag handelt, der aber nicht unbedingt erreicht werden muss.

Die Finanzierung läuft über Kassenkredite, da keine Aussicht auf Einsparungen an anderer Stelle besteht.

Dr. Korsten merkt an, dass die Aufsichtsbehörde die Bereitstellung der 60.000 € genehmigt hat. Dr. Korsten betont, dass es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe handelt, eine mögliche anderweitige Ausgabe des Geldes müsste auch im Bereich der Pflichtaufgaben liegen.

Herr Meskendahl erläutert, dass die Kommunalaufsicht davon ausgeht, dass die Bäder GmbH die Halle dem Jugendamt zu Verfügung stellt.

Herr Nickel schlägt eine abschließende Beratung vor, sobald Herr Kuhl die Nutzungskonzepte dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt hat.

Er fragt weiter, ob es eine 1:1 Gegenrechnung gibt.

Der Bürgermeister erläutert, dass es keinen finanziellen Rückfluss gibt, sondern eine Bereitstellung der Halle, um das Projekt Aquafun/Indorhalle finanzierbar zu machen.

Herr Meskendahl erklärt, dass ab dem Jahr 2010 die Stadtverwaltung einen Konzernabschluss machen muss, worunter dann auch die zu 100% der Stadt gehörende Bäder GmbH fällt.

Herr Schaumburg fragt, ob es durch die 60.000 € zu Einsparungen an anderer Stelle kommt.

Herr Meskendahl schildert, dass die 60.000 € den Haushalt zusätzlich belasten und nicht dem Jugendamt an anderer Stelle entzogen werden.

Herr Enneper bittet darum, dass die Verwaltung innerhalb des Jahres mitteilt, wie sich der Haushalt entwickelt.

Herr Nickel fragt, ob sich die 2.900.000 € für die Betriebskosten der Kindergärten aufschlüsseln lassen um zu erkennen, welche Kosten jeder einzelne Kindergarten verursacht.

Frau Butz stellt klar, dass dieses nicht möglich ist, da nicht alle Einrichtungen der Stadt gehören. Die unterschiedlichen freien Träger erhalten unterschiedlich Zuschüsse.

Herr Nickel wirft die Frage auf, ob jeder Kindergarten den gleichen Betrag bekommen.

Frau Butz erklärt, das es gesetzlich vorgegeben ist, was jeder Kindergarten bekommt. Es kommt hierbei auch auf die Anzahl der Gruppen und die Zusammensetzung der Gruppen an.

Der Vorsitzende lässt nun über die Vorlage abstimmen

Unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse werden die Ansätze für das Haushaltsjahr 2007 dem Rat der Stadt Radevormwald zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Enthaltung (SPD)

5. Beschluss über den Jugendhilfeplan

Frau Butz erklärt, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe nun vorliegt. Sie bittet in den Plan noch Förderungen für Legasthenie und Dyskalkulie aufzunehmen

Eine Förderung ist nur noch über die §§ 11-14 KJHG möglich.

Damit soll die Förderung nach § 35a KJHG möglichst entfallen. Das Verfahren soll mit den Schulleitern abgestimmt werden Die Kosten für die Förderung betragen derzeit 330,00 Euro pro Kind im Monat. In der Regel dauert die Fördermaßnahme zwei Jahre

Frau Hallek erläutert nun den Jugendhilfeplan und in welchen Zeitraum die einzelnen Planungsschritte umgesetzt werden sollen.

Sie macht deutlich, dass es sehr viele Schulabgänger mit sehr schlechten oder gar keinen Abschluss gibt, hierbei handelt es sich oftmals um Kinder mit Migrationshintergrund. Die Jugendsozialarbeit will noch in diesem Jahr hier gegensteuern. Hierzu gibt es auch Fördermittel vom Land, die bereits beantragt wurden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Hallek auch im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit.

Herr Enneper erkundigt sich, ob man nicht Angebote anbieten kann, um die Trinkgelage in der Innenstadt entgegen zuwirken.

Frau Hallek erklärt, dass man die über 18 jährigen nicht davon abhalten kann, Alkohol zu konsumieren. Die Diskussion über Alkohol muss viel früher beginnen.

Frau Butz macht deutlich, dass die Polizei, der FB Sicherheit u. Ordnung und der Jugendschutz bereits aktiv und im ständigen Dialog untereinander sind.

Frau Butz erklärt weiter, dass die Eltern oftmals hilflos sind. Die Prävention muss sehr früh anfangen, bei den jetzigen Störern kann man nur noch mit Ordnungsbehördlichen Maßnahmen eingreifen.

Der Vorsitzende lässt nun über die Vorlage abstimmen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den vorliegenden Jugendhilfeplan.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Enthaltung (SPD)

6 Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Frau Kötter aus dem Arbeitskreis ausgeschieden ist, die Partei möge beraten, wer für sie in den Arbeitskreis nachrückt.

Frau Butz erklärt, dass die Familienzentren ausgebaut werden sollen und das ab August 1.000 Euro Fördermittel fließen.

Frau Butz berichtet weiter, dass die zusätzlichen Öffnungszeiten der Jugendräume an Sonntagen gut angekommen ist, ca. 40 – 50 Jugendliche nutzen das zusätzliche Angebot. Die Testphase soll daher bis zu den Sommerferien ausgeweitet werden.

Herr Lorenz erkundigt sich was im Bereich Rückführung aus Heimen passiert ist.

Frau Butz erklärt, dass es sich um schwere Fälle handelt, die nur noch in Heimen betreut werden können, von daher konnte in diesen Fällen nichts mehr erreicht werden.

Sie macht deutlich, dass es im letzten Jahr durch pädagogische Maßnahmen gelungen ist, nur 1 Kind in ein Heim unterbringen zu müssen. Leider kommen durch Zuzug von Auswärtigen 5 Kinder hinzu.

Die Gesamtzahl der Heimunterbringungen liegt jetzt deutlich unter 20, so das man sich auf einen guten Weg befindet.

Frau Hallek gibt bekannt, das die 3. Auflage des Heftes AUGENBLICKMAL zur Mitnahme bereit liegt.

Der Vorsitzende schließt um 17.30 Uhr die Sitzung.

Dr. Jörg Weber
Vorsitzender

Volker Grossmann
Schriftführer